



Forderungspapier von Fridays for Future Krefeld

Präambel

Die Klimakrise ist die größte Bedrohung für die Menschheit und Ökosysteme im 21. Jahrhundert.

Diese Aussage wird von über 21.000 Wissenschaftlern aus 184 Ländern unterstützt, die 2017 die World Scientists Warning To Humanity A Second Notice unterzeichnet haben.

Sie wurde vor wenigen Wochen bekräftigt durch die Stellungnahme der Scientists for Future, die von über 26.000 Wissenschaftlern allein aus Deutschland, der Schweiz und Österreich unterzeichnet wurde.

Auch die durch das 6. Massenaussterben schwindende Biodiversität und die für Phosphor- und Stickstoffkreisläufe kritisch überschrittene Belastungsgrenzen stellen weitere existentielle Bedrohungen für den Menschen dar.

Bis 2019 hat sich die Welt laut IPCC₁ im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um circa ein Grad Celsius erwärmt und diese Erwärmung schreitet weiter voran.

Folgen der Erderwärmung und des Klimawandels sind und werden sein:

- der Anstieg des Meeresspiegels
- die Steigung der Frequenz und Intensität extremer Wetterereignisse wie
 - Dürren, Waldbrände, Stürme, Hochwasser und Erdbeben.

Diese extremen klimatischen Veränderungen haben katastrophale Folgen für den Menschen:

- Verletzungsoffer, Obdachlosigkeit, Ausbreitung von Malaria, Dengue-Fieber, Typhus, Cholera, Hitzetote, Wassermangel und Hungersnöte, Ressourcenkriege und Massenmigration, die zu humanitären Katastrophen führen.

In der medizinischen Fachzeitschrift The Lancet wurde der Klimawandel 2009 als die größte Herausforderung für die globale Gesundheit in diesem Jahrhundert beschrieben.

Mit zunehmender Erwärmung begeben wir uns in immer größere Gefahr, Kipppunkte des Klimasystems unwiderruflich zu überschreiten.

Schon heute verletzt der unterlassene Klimaschutz international die Menschenrechte und wird zur größten Menschenrechtsverletzung der Geschichte.

Es steht in unser aller Verantwortung, jetzt zu handeln!

Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und den Ökosystemen muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur, unserer Wissenschaft und unserer Wirtschaft werden. Daher fordern wir die Stadt Krefeld dazu auf, unverzüglich wissenschaftlich anerkannte Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel zu stoppen und die Lebensgrundlage künftiger Generationen nach Artikel 20a des Grundgesetzes zu schützen.

Auf internationaler Ebene bildet das Pariser Abkommen eine verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzpolitik, um das 1,5 °C-Ziel zu erreichen. Auch Deutschland hat das Pariser Abkommen unterzeichnet, der aktuelle klimapolitische Kurs verfehlt jedoch die selbst gesetzten Ziele. Daher bekennt sich die Ortsgruppe "Fridays for Future Krefeld" zu den FFF-Forderungen auf Bundesebene, welche im Anhang zu finden sind. Um die Klimakatastrophe zu verhindern, erfordert es jedoch Veränderungen auf allen Ebenen, auch auf Landes- und Kommunalebene, sowie die Ausrichtung all unserer Sektoren auf Nachhaltigkeit. Laut dem UN-HABITAT's-Bericht "Global Report on Human Settlements 2011" sind die Städte dieser Welt für 70 % der klimaschädlichen Treibhausgase verantwortlich, obwohl sie nur ca. 2 % der Landmasse bedecken. Hier zeigt sich, wieviel Beitrag kommunaler Klimaschutz leisten kann, insbesondere im Verbund mit weiteren ambitionierten Städten. Klimaschutz zu unterlassen ist jedoch auch als Kommune keine Option.

Stellen Sie sich vor, es herrscht Krieg gegen die Lebensgrundlage der Menschen und keine Kommune macht mehr mit!

Wir wünschen uns, dass unsere Heimatstadt Krefeld mit ambitioniertem kommunalen Klimaschutz Vorreiter und Vorbild für andere Städte wird.

Krefeld hat kreative und gebildete Menschen, oftmals kurze, flache Wege und aktive Umwelt- und Klimaverbände, die gut mit dem Umland vernetzt sind. Auf dem Weg zur Lösung der Klimakrise gibt es viele Chancen, um Krefeld zu einer noch lebenswerteren, nachhaltigen Stadt zu machen und es wird Zeit, dass wir diese Chancen nutzen.

.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frank Meyer,
nach unserer Teilnahme mit 1400 Krefelder Demonstrierenden am 2. globalen Klimastreik und unseren Reden im Rathausfoyer haben Sie eine Delegation von uns dazu eingeladen, “wirklich ans Eingemachte” zu gehen. Wir freuen uns darauf und übergeben hiermit unser angefangenes “Eingemachtes” an Sie und die Krefelder Kommunalpolitik - in der Hoffnung, ein sehr gutes Klimaschutz-Rezept mit der Stadt auszuarbeiten.

Im Folgenden sind die Visionen von Fridays for Future Krefeld für die Zukunft unserer Stadt niedergeschrieben. Diese Visionen beschreiben einen Zustand, welchen wir schnellstmöglich erreichen müssen, wenn wir die Klimakrise verhindern wollen. Zusätzlich haben wir einen Maßnahmenkatalog für Krefeld erstellt. Sowohl den kommunalen Visionen als auch dem Maßnahmenkatalog liegt das Forderungspapier aus Braunschweig zugrunde. Dieses wurde mit Hilfe von Wissenschaftler*innen, Umweltverbänden und Expert*innen zusammengestellt. Das Krefelder Organisationsteam hat Bürgerbefragungen und Umfragen in internen Gruppen zum kommunalen Klimaschutz durchgeführt sowie sich mit Krefelder Umweltverbänden in Verbindung gesetzt, Anregungen aus einem Workshop zum kommunalen Klimaschutz mitgenommen und anhand dieser das Braunschweiger Forderungspapier für Krefeld überarbeitet.

Die Maßnahmen werden von Fridays for Future Krefeld im Streben nach der Erfüllung der Visionen als sinnvoll und essentiell betrachtet. Wir erheben jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, oftmals gibt es noch weitere sinnvolle Maßnahmen, welche mit Expert*innen aus der Wissenschaft und Verwaltung und dem bereits beauftragten Klimaschutzkonzept erarbeitet werden sollten.

Visionen für Krefeld

Energie

Krefeld bezieht seine Energie und Wärme aus erneuerbaren Quellen und wird bis 2035 klimaneutral. Dabei ist das Versorgungsnetz der Stadt Krefeld an die Herausforderung der Energiewende angepasst und eine flächendeckende, stabile Energieversorgung sichergestellt.

Mobilität

Krefeld hat eine sichere, komfortable Infrastruktur für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen, mit der jedes Ziel im Stadtgebiet ganzjährig und schnell erreicht werden kann. Das ÖPNV-Netz ist verlässlich, günstig und umfassend, der Radverkehr und der ÖPNV sind miteinander vernetzt und kompatibel. Es gibt in der Stadt keinen Grund für motorisierten Individualverkehr, der Umweltverbund wird stets priorisiert. Der Verkehr ist emissionsfrei und die Innenstadt autofrei.

Ernährung

Krefelds Nahrung ist regional, saisonal und klimafreundlich hergestellt und (un)verpackt. Allen Krefelder*innen ist eine klimafreundliche Ernährung einfach zugänglich und das notwendige Wissen für eine gesunde, klimafreundliche Ernährung ist vorhanden. In Krefelder Mensen ist ein vielfältiges vegetarisches und veganes Essensangebot vorhanden. Lebensmittelverschwendung ist auf ein Minimum reduziert.

Bau

Alle Baumaßnahmen in Krefeld finden unter klimafreundlichen und ökologischen Gesichtspunkten statt. Neubauten werden mit nachhaltigen Materialien und mit einer emissionsfreien Bauweise, wie Null- und Plusenergiehäuser, gebaut. Versiegelung von Flächen wird auf ein Minimum reduziert. Bestandsbauten sind klimafreundlich renoviert und stoßen weniger bis keine Emissionen aus.

Ökologie und Umwelt

Krefelder Flächen, Fassaden und Dächer sind begrünt. Versiegelte Plätze sind in begrünte Parkanlagen umgewandelt. Der Artenschutz, insbesondere der Insektenschutz, und der Naturschutz sind als wichtiger Bestandteil des Stadtbildes berücksichtigt. Flüsse und Biotope im Krefelder Land sind renaturiert, besonders geschützt und in einem Biotopverbund miteinander vernetzt. Durch Neupflanzungen von klimawandelresistenten Bäumen leistet Krefeld einen emissionsmindernden Beitrag.

Ressourcen und Abfall

Krefeld nutzt seine Ressourcen nachhaltig. Abfallprodukte werden (auch an öffentlichen Plätzen) als Rohstoff betrachtet und einem ganzheitlichen Kreislaufmanagement zugeführt. Aus Biomüll und Grünschnitt wird Biogas oder Terra Preta hergestellt. Nicht verwertbare Abfälle werden nach dem Stand der Wissenschaft entsorgt. Die Bürger*innen können sich über den Verbleib der von ihnen entsorgten Produkte informieren.

Bildung und Gesellschaftliches Engagement

Krefelder*innen jeder Altersgruppe wissen über ökologische Kreisläufe, die Klimakrise und unsere Rolle in dieser Bescheid. Sie besitzen das Wissen, die Fähigkeiten und die Möglichkeiten, um ein nachhaltiges Leben zu führen und sich für das Klima und die Umwelt einzusetzen. Der Klimaschutzgedanke ist sowohl bei Schüler*innen als auch allen weiteren Berufs- und Altersgruppen verankert.

Gesundheit, Adaptation und Erhöhung der Resilienz

Krefeld ist auf die Folgen der Klimakrise vorbereitet, die eintreten werden und bietet seinen Bürger*innen den bestmöglichen Schutz vor Hitzeperioden, Wirbelstürmen sowie Hochwasserereignissen und Infektionskrankheiten. Das Gesundheitsamt und Krankenhäuser informieren über die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise und bieten bestmögliche Prävention und Therapie für diese.

Wirtschaft und Divestment

Alle Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung bezüglich des Klimaschutzes bewusst. Es ist daher ihre Pflicht, sich nicht nur für den Klimaschutz zu engagieren, sondern vor allem den Klimaschutz in der Wirtschaft umzusetzen. Sie sind sich ihrer Handlungsmöglichkeiten und den Beratungsmöglichkeiten der Stadt bewusst.

Alle Produkte und Dienstleistungen in der Region Krefeld sind in ihrer Bilanz mindestens klimaneutral. Alle unvermeidbaren Treibhausgasemissionen und Umweltbelastungen, die bei Dienstleistungen oder der Produktion von den in Krefeld erhältlichen Produkten entstehen, sind durch Klimaschutzprojekte ausgeglichen. Krefelds Importe und Investitionen sind maximal klimafreundlich.

Maßnahmen

Verwaltung und Politik

1. Die Stadt Krefeld erkennt offiziell den menschengemachten Klimawandel als Klimakrise an und erklärt dies mit dem Klimanotstand. Damit stellt die Stadt alle Entscheidungen unter einen Klimavorbehalt.
2. Der Krefelder Stadtrat und die Verwaltung werden die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen damit in Verbindung stehenden Angelegenheiten, mit denen sie sich befassen, berücksichtigen, und wenn immer möglich, jene Geschäfte prioritär behandeln, welche die Klimakrise verhindern und abschwächen.
3. Der Krefelder Stadtrat orientiert sich bei zukünftigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
4. Der Krefelder Stadtrat setzt sich aktiv auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels ein.
5. Die Stadt Krefeld stellt Klimaschutzmanager*innen ein und fasst diese im Klimaschutzbüro zusammen. Es wird mindestens ein*e stimmberechtigte*r

Klimaschutzmanager*in eingestellt im Alter von 25 Jahren oder jünger. Diese*r wird von der Fridays for Future -Ortsgruppe Krefeld ausgewählt. Das Klimaschutzbüro ist dem Umweltdezernat unterstellt.

6. Jeder Fachbereich muss in jeglichen Angelegenheiten seinen Beitrag zum Klimaschutz gemäß Punkt 2 berücksichtigen.
7. Das Klimaschutzkonzept wird unter Beteiligung von lokalen Umweltverbänden, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen von Fridays For Future geschrieben.
8. Alle Druckerzeugnisse der Stadt Krefeld und aller Bereiche und Institutionen in ihrem Einflussbereich sind aus umwelt- und klimafreundlichen Druckereien, doppelseitig und auf Recyclingpapier gedruckt.
9. Als Suchmaschine wird von der Verwaltung voreingestellt Ecosia genutzt. Der Server der städtischen Internetseite wird mit erneuerbaren Energien betrieben.
10. Bei Ausschreibungen und der Auftragsvergabe von städtischen Projekten sowie dem Kauf von Betriebsmitteln und Arbeitsmitteln werden Sozialstandards- und Umweltschutzkriterien besonders berücksichtigt.
11. Der Krefelder Bürgermeister tritt dem Internationalen Bürgermeister*innen Konvent bei und ist in aktivem Austausch mit weiteren Verantwortungsträger*innen für den kommunalen Klimaschutz.

Mobilität der Verwaltung

1. Festlegung einer Reglementierung zum Verbot von Dienstreisen per Flugverkehr für alle städtischen Mitarbeiter*innen im Inland und in nahe Nachbarländer.
2. Der städtische Fuhrpark wird schwerpunktmäßig umgestellt auf Fahrräder, Pedelecs und Lastenräder. Dementsprechend werden die Fahrradabstellplätze vor Liegenschaften der Stadt massiv ausgebaut.
3. Für alle Dienstreisen der Stadtangestellten erfolgt CO2-Kompensation.

Klimaschutzbüro

1. Die Stadt richtet ein Klimaschutzbüro ein, in dem Klimaschutzmanager*innen eingestellt sind. Dieses ist mit umfassenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet für die Aufgaben:
 - der Überwachung und Überprüfung von Klimaschutzmaßnahmen der Stadt,

- der Vernetzung der Akteur*innen,
 - der Koordination von Informationskampagnen,
 - dem Initiieren von Projekten,
 - dem Entlasten des Ehrenamts,
 - der Verwaltung von Fördergeldern und
 - der Beratung und Unterstützung von Stadt, Bevölkerung und NGOs.
2. Das Klimaschutzbüro veröffentlicht alle zwei Jahre einen Bericht mit allen durchgeführten Maßnahmen, deren Wirkung und einer Reflexion aus dem Bereich Klima- und Umweltschutz.
 3. Vertreter*innen des Klimaschutzbüros sitzen beratend in allen Ausschüssen.
 4. Das Klimaschutzbüro überprüft alle fünf Jahre die gesamten Tätigkeiten der Stadt auf ihre Klima- und Umweltfreundlichkeit und arbeitet konkrete Maßnahmen aus, welche zusätzlich in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden können. Diese Informationen werden in Form eines Berichts veröffentlicht.
 5. Jährlich wird über ein Wochenende die Krefelder Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskonferenz ausgerichtet, zu der Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Bevölkerung, NGOs und Vereine, Wirtschaft und Wissenschaft eingeladen werden. Auf diesem Kongress werden
 - die neuesten Fortschritte und Umsetzungen von Maßnahmen besprochen und überprüft,
 - Akteur*innen vernetzt und informiert,
 - neue Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten formuliert, debattiert und
 - Best-Practise-Beispiele ausgetauscht.
 6. In Zusammenarbeit mit Bildungsinstituten (z.B. Volkshochschule) werden kontinuierlich Informationskampagnen durchgeführt,
 - welche die Bevölkerung und die Wirtschaft über den breiten wissenschaftlichen Konsens über die Klimakrise aufklärt
 - Handlungsmöglichkeiten zum Klima- und Umweltschutz informiert und Projekte unterstützt.

Insbesondere werden auch Vereine und die Wissenschaft in diese Kampagnen einbezogen.

7. Alle Fördertöpfe und Ansprechpartner*innen der Stadt im Bereich Klima- und Umweltschutz werden auf einer Website zusammengefasst und in der Bevölkerung beworben. Über alle Projekte, Veranstaltungen und Maßnahmen des Klimaschutzbüros wird zeitnah auf der Webseite berichtet.
8. Es wird ein Projektzentrum in der Innenstadt (konkretes Beispiel für die nachhaltige Nutzung von Leerstand) für alle Klima- und Umweltschutzorganisationen geschaffen (oder mit bereits bestehende Zentren wie dem Zukunftsforum kooperiert.). Dieses Zentrum verfügt über
 - einen Seminarraum mit Beamer und Büromaterial,
 - einen Arbeitsraum mit PCs,
 - Drucker und Arbeitsmaterial,
 - einen Projektraum, in dem man mit Gruppen arbeiten und Projekte umsetzen kann,
 - sowie einen Gemeinschaftsraum.

Für dieses Klima- und Umweltzentrum wird eine hauptamtliche Person eingestellt.

9. Dabei ist darauf zu achten, dass Klimaschutz eine Aufgabe für die gesamte Stadt Krefeld ist. Das Klimaschutzbüro ist eine Maßnahme, den Klimaschutz in der Verwaltung zu verankern. Dabei sollte das Büro nicht das Ende der Bemühungen sein oder das hauptverantwortliche Organ für den Klimaschutz in Krefeld.

Energie

1. Die Stadt Krefeld überprüft mit dem Regionalverband Konzepte zur klimafreundlichen Gestaltung des Versorgungsnetzes auf regionaler Ebene.
2. Bau von Solaranlagen auf und an allen öffentlichen Gebäude und Strukturen. Dies kann auch durch die Vermietung oder zur kostenlosen Verfügung stehenden Dachflächen an externe Dienstleister (z.B. Energiegenossenschaften) geschehen. Des Weiteren werden die behördlichen Wartezeiten und Auflagen vereinfacht und der Prozess der Bebauung somit beschleunigt.

3. Umstellung des Stroms auf Strom aus erneuerbaren Quellen mit o.k.-Power-Siegel oder Grüner Strom-Siegel für alle Gebäude in öffentlicher Hand bis 01. September 2019
4. Die Stadt bewirkt über ihre alleinige Anteilhabe der SWK AG, dass durch ihre Stromerzeugung die Stromprodukte anspruchsvollere Zertifizierung (o.k.-Power-Siegel oder Grüner Strom-Siegel) erhalten.
5. Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Privatpersonen für die Verwendungszwecke:
 - Bau von Solaranlagen und Solarspeichern.
 - Bau von Windkraftanlagen.
 - Bau von Solarthermieanlagen und Wärmepumpen.
6. Förderung der Forschung für erneuerbare Energien und Energiespeichern an der HSNR Krefeld.
7. Die SWK AG nimmt in ihre Satzung unter §4 Absatz 1 auf, dass ihr Handeln unter dem Gebot des Klimaschutzes steht und den Klimaschutz über die Profite der Gesellschaft SWK AG stellt.
8. Die Nutzung von Fernwärme aus nicht Fossilen Kraftwerken

Mobilität

1. Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 auf Nebenstraßen. Die Innenstadt ist autofrei.
2. Förderung von Carsharing-Systemen.

Fahrradmobilität und -attraktivität

1. Die Stadt Krefeld erkennt die beobachtungsbasierten Verkehrserhebungen von Schülerinnen und Schülern aus dem Frühjahr 2019 als Ausgangslage für das Mobilitätskonzept der Stadt an. Diese Ergebnisse (u.a. knapp 3% Anteil der Radfahrer am Gesamtverkehr) zeigen auf, wie dringlich ein Mobilitätskonzept **umgesetzt** werden muss, bei dem der Umweltverbund (Radfahrer*innen, Fußgänger*innen, ÖPNV) gegenüber dem motorisierten Individualverkehr aus Klimaschutz-, Umweltschutz-, Gesundheitsschutz- und Sicherheitsgründen sowie der Verbesserung des Stadtbildes und Senkung sozioökonomischen Kosten **bevorzugt berücksichtigt** werden muss.

2. Die Stadt schafft ab 2019 mindestens _____ Kilometer Radverkehrsanlagen pro Jahr durch Um- oder Neubau in ihrer Baulast, die sich auszeichnen durch bauliche Trennung von Fuß- und Kraftfahrzeugverkehr, kontinuierliche, möglichst ruckfreie Führung mit ebenem Belag, Vorfahrt an Knotenpunkten für Radfahrer*innen und einer Mindestbreite gemäß der Regelmaße in den "Empfehlungen zur Anlage von Radverkehrsanlagen" (ERA) zuzüglich der jeweiligen Sicherheitstrennstreifen. Die Radwege werden so angelegt, dass sich öffnende Autotüren von parkenden Autos keine ("Dooring"-)Unfallgefahr für Radfahrer*innen darstellen können. Zu diesem Ausbau gehören auch weitere notwendige Fahrradbrücken.
3. Die Stadt schafft bis 2025 ein Radverkehrsnetz aus nummerierten Velorouten, welches alle Ortsteile miteinander vernetzt und diese radial an die Innenstadt anbindet. Hierfür werden Radachsen geöffnet (Beispiel: Rheinstraße). Das Netz wird nach den Kriterien Sicherheit, Komfort, Umwegfreiheit, lückenlose Führung und Wegweisung, sowie der Möglichkeit ein zügiges Tempo (Radschnellwege) zu fahren, konzipiert und umgesetzt. Die Velorouten werden in den Fahrradstadtplan integriert, welcher auch online zur Verfügung steht.
4. Mängel an Radwegen, auch wenn sie nur den Komfort betreffen, werden nach dem Winter systematisch erfasst und spätestens im selben Jahr beseitigt. Krefelder*innen können Schäden einer zuständigen Stelle melden, diese Meldungen gehen in die systematische Erfassung ein.
5. Schaffung eines Fahrradleihsystems im gesamten Stadtgebiet für einen attraktiven Preis, auch E-Fahrräder, Tandems, Lastenfahrräder, Fahrradanhänger, Kinderfahrräder und FollowMe-Adapter sollen verliehen werden. Es werden Servicestationen für Leihfahrräder und alle weiteren Räder eingerichtet.
6. Die Stadt baut alle Straßen, auf denen Tempo 30 gilt und an denen es keine separaten, den genannten Standards entsprechenden Fahrradwege gibt, zu Fahrradstraßen um, welche sämtliche Kriterien für Fahrradstraßen erfüllen (beispielsweise maximal einseitiges Parken erlaubt).
7. Die Stadt führt die grüne Welle für Radfahrer*innen bei Tempo 20 km/h ein. Diese wird gegenüber der grünen Welle der PKW priorisiert.
8. Die Stadt baut Fahrradkreuzungen zu Fahrradkreisverkehren um, baut getrennte Haltelinien aus (groß genug für mindestens 2 Fahrräder hintereinander und Fahrräder mit Anhängern).
9. Die innerstädtische Geschwindigkeiten wird aus Sicherheitsgründen auf Tempo 30 reduziert.
10. Die Stadt baut Fahrradstellplätze aus. Sie unterstützt dies weiterhin mit dem Beschluss einer Fahrradabstellsatzung.

11. Die Fahrradmitnahme im Nahverkehr ist kostenlos möglich.
12. Falschparker auf Radwegen, Bürgersteigen, in Kreuzungsnähe und den Krefelder Ringen werden verstärkt kontrolliert und geahndet. Die Bußgelder werden drastisch erhöht.
13. Dies alles würde in einer autofreien Innenstadt umgesetzt werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

1. Umfassende Erhöhung der Subventionierung der SWK mit dem Ziel, das ÖPNV-Angebot auszubauen und es so schnell wie möglich kostengünstiger als das Autofahren zu gestalten. Dies wird u.a. in §16 Gewinnverwendung der Satzung der SWK AG festgehalten.
2. Kurzfristige Einführung eines 365 Euro Jahrestickets, welches auch monatlich bezahlt werden kann. Fahrräder werden kostenlos im Nahverkehr mitgenommen, auch die Einzeltickets im ÖPNV werden drastisch günstiger. Das 365 Euro Jahresticket soll nur eine temporäre Zwischenlösung sein zum möglichst bald zu realisierenden kostenlosen Nahverkehr.
3. Keine neuen Linienbusse mit Verbrennungsmotoren und gleichzeitig die Umrüstung der jetzigen Fahrzeugflotte auf umweltfreundlichere Alternativen wie Wasserstofftechnik und Elektromobilität.

Automobilität

1. Großräumige Umwidmung von Parkplätzen für Autos in Fahrradparkplätze und Fahrradwege (z.B. die vier Wälle). Neu gewonnene Flächen werden, wie in Ökologie und Umwelt beschrieben, in Grünanlagen umgewidmet.
2. Die Stadt Krefeld schafft ein attraktives Park-and-Ride-System im Außenbezirk der Stadt. Dieses System bietet zusätzlich zum ÖPNV-Anschluss Carsharing- und Bikesharing-Systeme an.
3. Die Stadt unterstützt auf Landes- und Bundesebene Maßnahmen, mit denen mehr Güterverkehr von LKWs auf Schienenverkehr umgelagert wird.
4. Die Stadt setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass die Landesbauordnung geändert wird, sodass die Anzahl von KFZ-Stellplätzen verringert wird. Der freigewordene Platz soll mit überdachten ebenerdigen Fahrradstellplätzen gefüllt werden.

5. Parkgebühren außerhalb von Parkhäusern werden für die kürzest mögliche Parkdauer teurer als die Hin- und Rückfahrt mit dem ÖPNV.
6. Ahnden von Falschparkern, besonders auf Rad- und Gehwegen mit drastisch erhöhten Bußgeldern.

Ernährung

1. Wegwerfverbot von Lebensmitteln für alle Unternehmen und gastronomische Einrichtungen.
2. Bildung eines Ernährungsrats nach dem Beispiel von Köln.
3. Erhöhung des Anteils an vegetarischen und veganen Gerichten in allen städtischen Verpflegungseinrichtungen mit zusätzlichen vegetarischen oder veganen Tagen. In Kitas und Schulen, sowie allen Mensen der Stadt werden je einmal wöchentlich Fleisch- und Fischgerichte neben vegetarischer/veganer Auswahl angeboten, die restlichen 3 Werktagen ist das Angebot ausschließlich vegetarisch oder vegan.
4. Förderung und Unterstützung von nachhaltigen Projekten, wie: „Essbare Stadt“, „Urban Gardening“, „Essbare“ Schulen und Stadtgärten, Straßengartenprojekte und Blühgärten in öffentlichen Räumen. Im öffentlichen Raum werden klimawandelresistentere Bäume mit essbaren Früchten (z.B. Nüssen) gepflanzt.
5. Förderung von regionalen Erzeugermärkten, zum Beispiel durch den Ausbau der Erreichbarkeit und deutliche Reduzierung der Standgebühren. Sowie ein Marktangebot zu unterschiedlichen Tageszeiten, sodass auch Vollzeitarbeitende regionale Produkte erwerben können.
6. Förderung von Bio-Bauern und -Bäuerinnen, Solidarischer Landwirtschaft und Kleinbauern und Kleinbäuerinnen.
7. Förderung von fairen, regionalen Läden und Unverpackt-Läden.

Bau

1. Ausstellung der Baugenehmigung erfolgt nur unter Berücksichtigung von Etagenbau anstatt Flachbau, um den Bereich der versiegelten Flächen zu verringern.
2. Mindeststandards für Energieeffizienz mit Kopplung an Baugenehmigungen für Bürger*innen und Unternehmen.

3. Neubauprojekte der Stadt Krefeld werden nach den Standards des ökologischen Bauens, z.B. nachhaltiger Holzbauweise (aus nachhaltiger Forstwirtschaft), erstellt. Hierbei muss insbesondere auch versucht werden, auf emissionsreichen Zement zu verzichten.
4. Jeglicher Neubau muss emissionsfrei werden.
5. Förderung von grünen Fassaden und Dächern, kombiniert mit Photovoltaikanlagen.
6. Die Begrünung durch das Anlegen von Grünflächen, sowie Pflanzkübel, von allen öffentlichen Plätzen und vor allem dem Von-der-Leyen-Platz.

Ökologie, Umwelt und Biodiversität

1. Umwandlung versiegelter Flächen in Grünflächen, Parks und Pocketparks.
2. Verzicht auf Erschließung neuer Stadtteile oder Industrie-Gewerbegebieten auf Grün- oder Waldflächen.
3. Erstellung einer Gehölz- und Baumschutzsatzung, die insbesondere das Fällen von Bäumen erschwert.
4. Unterstützung und Beteiligung von Aufforstung, sowohl auf Kommunal- als auch Bundesebene.
5. Die Stadt begrünt Dach- und Wandflächen, insbesondere auch bei gleichzeitiger Nutzung durch Solarenergie.
6. Krefeld setzt sich für eine Änderung des Bundeswaldgesetzes zugunsten natürlicher Wälder und Wildnis ohne wirtschaftlicher Nutzung und mit umfassenden Wiederaufforstungen ein.
7. Bestehende Grünstreifen werden in blühende Wiesen mit dazu aufgestellten Insektenhotels umgewandelt.
8. Krefeld pflanzt weitere Stadtbäume, welche klimawandelresistenter sind und bestenfalls essbare Früchte haben.
9. Die Stadt minimiert nächtliche Lichtverschmutzung und Energieverschwendung durch nächtliche innerstädtische Beleuchtung und nächtliche Beleuchtung eigener Liegenschaften.
10. Erstellen einer Festbrennstoffverordnung nach Aachener Vorbild

Ressourcen und Abfall

1. Die Stadt Krefeld setzt Mülltrennung im gesamten städtischen Raum, insbesondere an Bildungseinrichtungen und im Innenstadtbereich, um.
2. Die Stadt Krefeld fordert von lokalen Abfallunternehmen eine Steigerung der Recyclingquote, welche perspektivisch bis 2030 nahezu 100% betragen soll.
3. Die Stadt Krefeld und aller Bereiche und Institutionen in ihrem Einflussbereich verzichten auf vermeidbare Kunststoffprodukte.
4. Wo es sinnvoll einzusetzen ist (z.B. Botanischer Garten) wird zukünftig Terra Preta hergestellt und angewandt.
5. Es werden Anreize zur Müllreduzierung und besserem Recycling für die Bürger geschaffen.
6. Die Stadt fördert und unterstützt die Nutzung von Biomüll zur erneuerbaren Energieerzeugung (Biogas, Nah- und Fernwärme)
7. Die Stadt setzt ausschließlich biologisch abbaubare Hundekotbeutel ein.
8. Die Stadt unterstützt die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in Repaircafes.

Bildung

1. Die Stadt setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass die Klimakrise und der Klimaschutz fächerübergreifend umfassend in die Curricula (Schulen und Universitäten) eingearbeitet werden.
2. Jedes Jahre wird eine Klimaschutzwoche an den Schulen veranstaltet, welche in Kooperation mit der Politik, der Wissenschaft und regionalen Klima- und Umweltschutzvereinen stattfindet. Ziel ist es, dass die Schülerinnen und Schüler sowohl die theoretischen, wissenschaftlichen und soziokulturellen Grundlagen der Klimakrise und der Umweltzerstörung sowie nötige Klimaschutzmaßnahmen kennenlernen, als auch Möglichkeiten, sich regional zu engagieren und zu sehen, wie die Kommunalpolitik mit diesem Thema umgeht.
3. Kommunalpolitiker*innen und Stadtangestellte bilden sich über den aktuellen wissenschaftlichen Konsens über die Klimakrise fort.
4. Es finden öffentliche, kostenlose Informationsveranstaltungen über die Klimakrise statt.
5. Es finden Informationsveranstaltungen über nachhaltige Ernährung sowie Kochkurse für vegetarische und vegane Gerichte in Schulen und weiteren Bildungsinstituten statt.

Gesellschaftliches Engagement

1. Die Stadt stellt einen Förderungstopf für Klima- und Umweltschutz zur Verfügung, welcher jährlich 750.000 Euro für Projekte, Materialkosten, sowie Personalkosten, welche den Klima- und Umweltschutz in Krefeld fördern, enthält. Die Gelder werden von einem Gremium vergeben, welches zur Hälfte aus der Verwaltung (Klimaschutzbüro) und zur Hälfte aus Engagierten aus Klima- und Umweltschutzorganisationen besteht. Der Topf wird öffentlich beworben und unkompliziert zugänglich gemacht.

Wirtschaft und Divestment

1. Die Stadt initiiert ein Projekt zur Steigerung der Energieeffizienz: Krefeld unterstützt Unternehmen und Firmen bei der Verbesserung ihrer Energieeffizienz durch Energieverbrauchsanalysen und durch Beratungsangebote zur Finanzierung, Umsetzung und Instandhaltung energiesparender Maßnahmen.
2. Unterstützung von klimafreundlichen Startups, insbesondere Bürger*innenunternehmen, zur Schaffung von neuen, innovativen und klimafreundlichen Arbeitsplätzen.
3. Unterstützung von Unternehmen bei der Erschließung neuer klimafreundlicher Arbeitsfelder und beim Umbau des Unternehmens auf Nachhaltigkeit.
4. Die Stadt regt Unternehmen und Einrichtungen an, sich mit Projekten beim nationalen Innovationsprogramm für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie zu bewerben.
5. Die Stadt Krefeld fördert Unternehmen, die es dem Endverbraucher ermöglichen, CO₂-Kompensation durch Mikrospenden zu betreiben.
6. Die Stadt unterstützt und informiert über Secondhandläden und "Trödelmärkte". Trödelmärkte und Kinderflohmärkte werden in einem eigenen Terminkalender auf der Internetseite der Stadt aktuell aufgeführt.
7. Divestment: Die Stadt investiert nicht in klimaschädliche Unternehmen, weder durch eigene Aktien noch indirekt über z.B. nicht nachhaltige Bankkonten.

Gesundheit, Adaptation, Resilienz

1. um die Visionen (s.o.) der Adaptation und Resilienz der Bevölkerung für die eintretenden Klimakrisenfolgen zu erreichen, arbeitet die Stadt mit Gesundheitsamt, Krankenhäusern, Familienärzten und der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. zusammen. Die Stadtbauplanung (Schatten, Wasserspender,...) wird auch maßgeblich mit dem Ziel der größtmöglichen Resilienz durchgeführt.
2. Der "Verhütungsmittelfond" der Stadt Krefeld für kostenlose Verhütung für Frauen (und Männer?) mit geringem Einkommen wird aufrecht gehalten und beworben.

Finanzierung

Während einige unserer Maßnahmen finanzielle Einsparungen bedeuten, kosten andere Forderungen Geld, manches sogar sehr viel Geld. Natürlich sind wir uns der Lage der Krefelder Finanzen bewusst, weswegen wir auch einige Finanzierungsmaßnahmen recherchiert haben, die nur Ansätze darstellen.

Zuschüsse

Nach Recherche haben wir viele Zuschüsse gefunden, die Krefeld beantragen kann, um Klimaschutzmaßnahmen Krefeld zu finanzieren:

Energie und Umweltmanagementsysteme Zuschuss von bis zu 90%

Klimaschutzkonzepte Zuschuss von bis zu 90%

Nachhaltige Mobilität Zuschuss von bis zu 60%

Dies sind nur ein paar genannte Zuschüsse, von denen gibt es wesentlich mehr gibt (Liste z.B. www.ptj.de). Diese können auch kombiniert werden, man muss sie nur beantragen, was in den Händen der Stadt liegt und von einem eingerichteten Klimaschutzbüro koordiniert werden kann.

Haushaltsplan:

Bei der Haushaltsplanung sind Klimaschutzmaßnahmen prioritär zu berücksichtigen. Unterlassener Klimaschutz fällt unserer Generation um ein Vielfaches zu Buche.

Einnahmen

Einnahmen aus erhöhten Parkgebühren, Bußgeldern und verstärkter Ahndung können in den Radwegeausbau fließen. Der Gewinn der SWK wiederum sollte per Satzungsänderung in die Subventionierung des ÖPNV fließen

Energiegenossenschaften

Werden Energiegenossenschaften Flächen von städtischen Liegenschaften zur Verfügung gestellt, kann ohne eigene Kosten der Photovoltaikausbau der Stadt gefördert werden

Sponsoring

Durch viele Projekte und zukünftige Sponsor*innen können zusätzliche Gelder für Einzelprojekte gesammelt werden. Es können Spenden Veranstaltungen wie z.B. Spendenläufe organisiert werden. Auch Partnerschaften/Sponsoring über nachhaltige Unternehmen, die vor Ort in kommunale Klimaschutz-Projekte investieren möchten (und selbst hiermit werben), sind denkbar, sofern die finanzielle Unabhängigkeit gewährleistet wird.

Für unser Projekt ist jeder Euro wichtig, so ist auch das kleine Spenden wie in verteilten Spardosen, Kollekten der Kirchen oder kleinen Sammel-Aktionen eine Überlegung wert.

Projekte

Auch gibt es viele Projekte zum Thema Divestment in Kommunen hin zu nachhaltigem Investment, bei denen es darum geht, wie man sein Geld einsetzt und das bestmögliche und nachhaltigste aus dem machen kann, was man hat.

Fridays for Future

Die Fridays for Future Ortsgruppe Krefeld selber besteht aus einer Vielzahl von Menschen, die großen Einsatz für den Klimaschutz zeigen. Sie ist gut vernetzt mit vielen weiteren Umweltschutz- und Klimaschutzorganisator*innen sowie Akteur*innen in der Stadt. Gerne wirkt die Ortsgruppe bei einzelnen Projekten mit Mobilisation engagierter Helfer*innen mit. Erwartet wird jedoch, dass die Stadt, u.a. in Form des Klimaschutzbüros, die Aufgabe (Klimaschutz) übernimmt, für die sie verantwortlich ist (Art.20a GG) und nicht dem Ehrenamt überlässt.